

Lukas Meier

AUSGANGSLAGE

- Die polizeiliche Ermittlungsarbeit steht im Spannungsfeld zwischen präventiver Tätigkeit, die meist verdeckt stattfindet, und den Vorschriften des Strafprozesses, welche die Rechte der Betroffenen schützen.
- Rund 65% der schweizerischen Wohnbevölkerung sind in sozialen Medien aktiv.
- Da Kriminalität vielfach durch Interaktionen zwischen Menschen entsteht, ist auch der virtuelle Raum betroffen.
- Neben der realen Welt darf in der virtuellen Landschaft kein rechtsfreier Raum entstehen.

Ziel der Arbeit

- Vergleiche zwischen dem realen und dem virtuellen Raum.
- Erarbeiten von Lösungsansätzen für die Nutzung von Social Media durch Strafbehörden zu Ermittlungszwecken.

Forschungsleitende Frage

- Soll die Nutzung moderner Technologien nur Privatpersonen – und damit auch Straftätern – vorbehalten sein oder sollten Strafbehörden diese auch nutzen dürfen?
- Was gilt im realen und im virtuellen Raum als öffentlich und was als privat?

ERGEBNISSE



- Die Nutzung des Internets, etwa von sozialen Netzwerken, steht grundsätzlich jedermann zu, auch Strafbehörden für Online-Ermittlungen.
- Die (passive) Internetaufklärung stellt noch keinen Eingriff in die Grundrechte dar.
- Die Nutzerinnen und Nutzer von Social Media haben die Wahl, was sie allgemein zugänglich machen wollen und was nicht.
- Für die aktive Kontaktaufnahme und den Zugang zu geschlossenen Gruppen in sozialen Medien durch Strafbehörden gelten erhöhte Anforderungen.
- Das Verschweigen der wahren Identität ist noch keine verdeckte Massnahme im Sinne der Strafprozessordnung.
- Weitergehende Massnahmen bedürfen einer gerichtlichen Genehmigung, da die bei der Ermittlung erlangten Beweise sonst unverwertbar wären.

METHODE



Literaturrecherche



Ausarbeitung von Szenarien für den realen und virtuellen Raum



Vergleich mit anderen Rechtsordnungen



Interpretation



Darlegung von Lösungsansätzen

DISKUSSION

Fazit

- Die Nutzung von Social Media soll nicht nur Privatpersonen vorbehalten sein.
- Neben dem Schutz der Privatsphäre sind im virtuellen Raum auch andere öffentliche Interessen, wie etwa die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung, die öffentliche Sicherheit, das Strafverfolgungsinteresse und die Freiheitsrechte Dritter zu berücksichtigen.
- Die Nutzung sozialer Medien durch die Strafverfolgung muss klar geregelt und demokratisch legitimiert sein.
- Auch die Betreiberinnen und Betreiber von Internetplattformen haben eine gewisse Verantwortung, um die Verbreitung von illegalen Inhalten zu verhindern.
- Eine mögliche Lösung wäre die Einführung von vertrauenswürdigen Redaktoren (sog. „Trusted Flaggers“).

Ausgewählte Literatur

- Bürge Lukas, Polizeiliche Ermittlung und Untersuchung, Bern 2018
- Hansjakob Thomas, Überwachungsrecht der Schweiz, Zürich Basel Genf 2017
- Tiefenthal Jürg Marcel, Kantonales Polizeirecht der Schweiz, Zürich Basel Genf 2018